

Inhaltsverzeichnis

Einführung	19
A. Zur Aktualität des Themas	19
B. Zum Begriff der Rettungsfolter	25
C. Zur Zielsetzung der Arbeit	27

Erster Teil

Rechtfertigung aufgrund hoheitlicher Eingriffsbefugnisse	29
A. Zum Verhältnis öffentlichrechtlicher Ermächtigungsnormen zum Strafrecht	29
I. Hoheitliche Eingriffsgrundlagen als Rechtfertigungsgründe im Strafrecht ..	30
1. Die Lehre vom einheitlichen Begriff der Rechtswidrigkeit	30
2. Die Lehre vom rechtsgebietspezifischen Begriff der Rechtswidrigkeit	31
II. Landesrechtliche Eingriffsbefugnisse als Rechtfertigungsgründe im Strafrecht	33
1. Zur Möglichkeit eines Eingriffs in das Bundesstrafrecht durch landesrechtliche Eingriffsbefugnisse	33
2. Legitimation landesrechtlicher Eingriffsbefugnisse durch eine ungeschriebene Ermächtigungsgrundlage im Bundesstrafrecht	36
B. Polizeirechtliche Eingriffsbefugnisse	37
I. Aufgabeneröffnung	38
1. Der Dualismus von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung in Entführungsfällen	38
2. Die „Gefahr“ in Entführungsfällen	41
II. Polizeirechtliche Befugnisnormen	43
1. Befugnis zur unverbindlichen Befragung	44
2. Gesetzlich geregelte Auskunftspflichten	46
a) Die Anknüpfung der Auskunftspflicht an die Befugnis zur Befragung	47
b) Die Anknüpfung der Auskunftspflicht an die polizeirechtliche Verantwortlichkeit	47
c) Die Unterscheidung zwischen personenbezogenen und sachbezogenen Angaben	48
aa) Sachbezogene Auskunftspflichten bei Vorliegen einer Gefahr	48

bb) Sachbezogenen Auskunftspflichten bei Bestehen einer gesetzlichen Handlungspflicht	49
(1) Zum Begriff „gesetzliche Handlungspflicht“	50
(2) Die einzelnen gesetzlichen Handlungspflichten des mutmaßlichen Entführers	53
(a) Nichtanzeige geplanter Straftaten (§ 138 StGB)	54
(b) Unterlassene Hilfeleistung (§ 323c StGB)	54
(c) Ingerenz	55
(d) Ergebnis	58
3. Grenzen der Auskunftspflicht	59
a) Uneingeschränktes Aussageverweigerungsrecht des Beschuldigten	60
b) Eingeschränktes Aussageverweigerungsrecht des Beschuldigten ...	61
c) Kein Aussageverweigerungsrecht des Beschuldigten	62
d) Folgen einer Auskunftsverpflichtung für das Strafverfahren	65
III. Anwendbarkeit unmittelbaren Zwangs	66
IV. Zur Möglichkeit einer teleologischen Reduktion der Vorschriften über das Verbot unmittelbaren Zwangs	68
1. Die Argumentation Bruggers für den Einsatz der Rettungsfolter in Entführungsfällen	68
a) Die Zulässigkeit der Rettungsfolter nach Polizeirecht	70
b) Die Vereinbarkeit der Rettungsfolter mit dem Grundgesetz	72
c) Die Überprüfung der Rettungsfolter anhand völkerrechtlicher Normen	74
2. Stellungnahme zu der Argumentation Bruggers	75
a) Fehlen einer Regelungslücke in den Polizeigesetzen	75
b) Erfordernis einer klaren Regelung der Voraussetzungen des Verwaltungszwangs	76
c) Systematische Einwände aus den verschiedenen Ebenen polizeilichen Handelns	77
C. Eingriffsbefugnisse aus Regelungen außerhalb des Polizeirechts	78
I. Eingriffsbefugnisse auf verfassungsrechtlicher Grundlage	79
II. Eingriffsbefugnisse aufgrund strafrechtlicher Rechtfertigungsgründe	83
1. Entstehungsgeschichtliche Erwägungen	85
a) Die Begrenzung staatlicher Gewalt als ursprüngliche Normfunktion der §§ 32, 34 StGB	85
b) Zur Entstehungsgeschichte des § 34 StGB	87
2. Verfassungsrechtliche Erwägungen	87
a) §§ 32, 34 StGB und das Bestimmtheitsgebot	88
b) §§ 32, 34 StGB und der Vorbehalt des Gesetzes	90
c) §§ 32, 34 StGB und die bundesstaatliche Kompetenzverteilung ...	91

Zweiter Teil

Rechtfertigung aufgrund strafrechtlicher Erlaubnisnormen	93
A. Anwendungsbereich der strafrechtlichen Rechtfertigungsgründe	93
I. Zur Frage der Anwendbarkeit strafrechtlicher Rechtfertigungsgründe auf Amtsträger	93
1. Zur Notwendigkeit eines rechtsgebietsspezifischen Rechtswidrigkeitsbegriffs aufgrund teleologischer Erwägungen	94
2. Zur Notwendigkeit eines rechtsgebietsspezifischen Rechtswidrigkeitsbegriffs aufgrund formaler Erwägungen	98
a) Fehlende Befugnis der Landesgesetzgeber zur Suspendierung strafrechtlicher Rechtfertigungsgründe	98
b) Divergierendes Rechtswidrigkeitsurteil aufgrund Art. 103 Abs. 2 GG	99
II. Die Bedeutung des § 343 StGB für die Frage einer Rechtfertigungsmöglichkeit der Rettungsfolter	101
1. Die Abwägungsfestigkeit des § 343 StGB	102
a) Die Rechtspflege als geschütztes Rechtsgut des § 343 StGB	102
b) Die Einbeziehung gefahrenabwehrrechtlicher Befragungen in den Schutzzweck	103
2. Die von § 343 StGB geschützten Verfahrensarten	105
a) Die in der Literatur vertretenen Auffassungen	105
b) Zur Notwendigkeit einer einheitlichen Beurteilung von objektivem und subjektivem Tatbestand	106
c) Zur Frage der Einbeziehung präventiv-polizeilicher Befragungen in den Tatbestand des § 343 StGB	107
aa) Zum Erfordernis einer einheitlichen Beurteilung von strafverfahrens- und gefahrenabwehrrechtlichen Befragungen (weite Auslegung)	107
bb) Die Notwendigkeit einer Unterscheidung zwischen strafverfahrens- und gefahrenabwehrrechtlichen Befragungen (enge Auslegung)	108
B. Tatbestandliche Voraussetzungen der strafrechtlichen Rechtfertigungsgründe	113
I. Rechtfertigende Pflichtenkollision	114
II. Nothilfe	116
1. Gegenwärtiger rechtswidriger Angriff	116
2. Erforderlichkeit	118
a) Geeignetheit	118
b) Mildestes Mittel	120
3. Gebotenheit	122
III. Rechtfertigender Notstand	131

C. Höherrangige Vorgaben und Grenzen für die strafrechtlichen Rechtfertigungsgründe	134
I. Verfassungsrechtliche Vorgaben	134
1. Die herrschende Meinung: Abwägungsfestigkeit der betroffenen Grundrechte	135
a) Keine Rechtfertigungsmöglichkeit eines Eingriffs in die Menschenwürde	135
b) Art. 104 Abs. 1 Satz 2 GG als absolute Schranken-Schranke des Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG	136
2. Abweichender Ansatz: Zur Relativierbarkeit des Menschenwürdesatzes	138
a) Dogmatische Ansätze zur Begründung einer Relativierbarkeit des Art. 1 Abs. 1 GG	138
aa) Herdegens Ansatz einer „normimmanenten Konkretisierung des Würdeanspruchs“	138
bb) Möllers Ansatz einer qualifizierten Abwägbarkeit des Art. 1 Abs. 1 GG	144
cc) Die Stellung des Lebensgrundrechts über den Würdeschutz ..	148
dd) Die Koppelung von Würde- und Lebensschutz	151
ee) Eigene Ansicht: Die Schutzpflichtdimension des Art. 1 Abs. 1 GG als Schranke des Achtungsanspruchs der Menschenwürde	155
(1) Die Gleichrangigkeit von Schutzpflicht und Achtungsanspruch bei Art. 1 Abs. 1 GG	155
(2) Kein Vorrang der Abwehrfunktion aufgrund der liberal-abwehrrechtlichen Grundrechtstradition	158
(3) Kein Vorrang der Abwehrfunktion aufgrund des Wortlauts	158
(4) Kein Ausschluss der Relativierbarkeit aufgrund Art. 79 Abs. 3 GG	160
(5) Ergebnis	160
b) Bedeutung der Relativierbarkeit des Menschenwürdesatzes für Art. 104 Abs. 2 Satz 1 GG	163
c) Zur Einschränkung des Art. 1 Abs. 1 GG in Entführungsfällen	164
aa) Die Entführung als Würdebeeinträchtigung	165
bb) Abwägung zwischen Täter- und Opferwürde	167
II. Völkerrechtliche Vorgaben	171
1. Völkerrechtliche Verpflichtungen der Bundesrepublik	171
a) Wichtige völkervertragliche Folterabkommen	171
b) Das Verbot der Folter als zwingendes Völkerrecht (ius cogens) ..	172
2. Relevanz der völkerrechtlichen Folterverbote für die Auslegung des innerstaatlichen Rechts	172
a) Zum Unterschied zwischen Rettungsfolter und völkerrechtlichem Folterbegriff	173

b) Zur verfassungsrechtlichen Verpflichtung des Staates zur Anwendung der Rettungsfolter in Extremsituationen	176
c) Exkurs: Zum subjektiven Recht des Opfers auf Anwendung der Rettungsfolter	180
d) Zum Verhältnis der völkerrechtlichen Folterverbote zum deutschen Verfassungsrecht	182
aa) Stellung des Vertragsvölkerrechts in der Normenhierarchie der Bundesrepublik	183
(1) Zum grundsätzlichen Rang völkerrechtlicher Verträge ...	183
(2) Zur Besonderheit der EMRK	184
(a) Unmittelbare innerstaatliche Geltung	184
(b) Mittelbare innerstaatliche Geltung	186
bb) Stellung des Völkergewohnheitsrechts in der Normenhierarchie der Bundesrepublik	189
(1) Dispositives Völkergewohnheitsrecht (ius dispositivum) ..	189
(2) Zwingendes Völkergewohnheitsrecht (ius cogens)	190
3. Zur Möglichkeit zweckbezogener Ausnahmen vom Folterverbot	191
a) Die Berücksichtigung der Opferwürde im Rahmen des Art. 3 EMRK	191
b) Die Berücksichtigung der Opferwürde im Rahmen des völkergewohnheitsrechtlichen Folterverbotes	195
 Zusammenfassung und Fazit	 197
 Literaturverzeichnis	 202
 Sachwortregister	 210